

Sächsische Volkszeitung

Bezugspreis: Wochentl. drei Hefte Ausgabe A mit illustriertem Beilage 12.75 M. Ausgabe B 11.25 M.
einfachlich Volkszeitung. Preis der Einzelnummer 10 M.

Die Sächsische Volkszeitung erscheint an allen Wochenenden nachm. — Sprechstunde der Redaktion: 5 bis 6 Uhr nachm.

Anzeigen: Annahme von Geschäftsanzeigen bis 10 Uhr, von Familienanzeigen bis 11 Uhr vorm. — Preis für die Zeit-Spalten aller Anzeigen 1.10 M. im Restmetall 8.50 M. — Bei unbedeutend geschriebene, sowie durch Verbrecher aufgegebene Anzeigen kann die Verantwortlichkeit für die Richtigkeit des Tages nicht übernommen werden.

Oberschlesische Stimmungen während der Pariser Konferenz

Die polnische Begleitmusik zur Tagung des Obersten Rates. — „Wie erobern wir die Städte?“ — „Wie entwaffnen wir die Engländer?“ — Polnische Siegeszuversicht. — Der Kampf um Königshütte.

(Von unserem Oberschlesischen Mitarbeiter)

Bautzen, 9. August
Das Spiel hat begonnen. In Paris verhandelt man über die Entscheidung um Oberschlesiens Schicksal und in Oberschlesien bewähren sich die Polen um die entsprechende Begleitmusik. Schon am Sonntag fanden in zahlreichen Orten von ganz Oberschlesien politische Versammlungen statt, die zwar streng geheim sein sollten, jedoch nicht so geheim waren, daß man nicht den Gegenstand der Verhandlung und den Verlauf der Verhandlungen erfuhr. Am Montag, also am Tage des Zusammenschlusses des Obersten Rates in Paris fanden weitere polnische Versammlungen, z. B. in Kattowitz, wo ein Rybniker Redner sprach, statt und für heute sind weitere Geheimversammlungen vorgesehen. In allen Orten, die in der Nähe größerer Städte liegen, die im Mai und Juni nicht „genommen“ werden konnten, besuchte man sich in ersten Linie mit der Frage: „Wie ist der Erfolg des 3. Polenaufstands gut zu machen, wie bringen wir die Städte in unser Besitz?“ Es gab hierüber polnische Reserven und im Anschluß hieran zahlreiche Neuerungen von polnischen Unterführern. In den Versammlungen, die im Landkreis Beuthen stattfanden, z. B. in Lipine, Bismarckhütte, Röhrisch bat man, daß sich die Insurgenter für die Nacht vom 20. in den Donnerstag zum Freitag für den nächsten Aufschluß bereit halten sollen. Aus zahlreichen anderen Orten wird überstimmend und zweifäsig berichtet, daß das zweite Thema der polnischen Geheimversammlungen war: „Wie vermeiden wir blutige Zusammenstöße mit den Engländern und wie entwaffnen wir sie, wenn sich Zusammenstöße nicht vermeiden lassen?“ Auch die Diskussion über diese Frage war eine sehr „anregende“.

Urprünglich war der 4. Polenaufstand für die Morgenstunden des gestrigen Montags vorgesehen. Er sollte durch einen Generalstreich eingeleitet werden, dessen Vorbereitung die neu gegründeten Gehirnbünde der Insurgenter erfolgreich betrieben hatten. Diese Gehirnbünde erlitten ihre erste empfindliche Niederlage. Sie fanden bei den oberschlesischen Arbeitern keine Gegenliebe. Man ging zur Arbeit und summerte sich nicht um die geheim ausgetragene Streitparole. Der sozialdemokratische „Vollswille“ von heute sagt dazu: „Ob die Arbeitnehmerlegionen aus rücksichtlicher Abneigung den polnischen Arbeiter gegen neue Streiks unterblieben sind oder ob der Aufstand lediglich „abgepfiffen“ wurde, muß die kommende Zeit lehren.“ Zugleich sagt das Blatt in Übereinstimmung mit den obigen Mitteilungen über den Verlauf der letzten polnischen Geheimversammlungen: „Vielleicht hört man, daß die Polen erst die Pariser Entscheidung abwarten wollen.“ Die Polen geben sich bisher der Hoffnung hin, daß diese Entscheidung bis spätestens Donnerstag früh hier bekannt sein würde.

Zu den neuen Kampfmitteln der Insurgenterbünden gehört auch das Arrangement von großen und zahlreichen Waldbränden. Gewiß gibt es zur Zeit in Deutschland überall Waldbrände, aber doch nicht in so gewaltiger Form, und auch keine Waldbrände, bei denen Sachverständige nicht den geringsten Zweifel haben, daß sie systematisch angelegt wurden. Daß die Polen hinter diesen Waldbränden stehen, geht auch daraus hervor, daß häufig Feuerwehren in den verschiedensten Teilen Oberschlesiens mehrfach in der letzten Woche beschossen wurden! So wurde auch die Rätsche Feuerwehr Katowitz, als sie von Polizeiabteilungen in den frühen Abendstunden heimlich, in Bogenfuchs beschossen, obwohl Bogenfuchs neuerdings so sicher sein wollte, daß die Flüchtlinge offiziell aufgefordert wurden, nach dort zurückzukehren, da jetzt wieder volle Ruhe herrschte. Beachtenswert ist auch, daß die Franzosen trotz des Erfolgs der Pariser Verhandlungen sich zu einer gründlichen neuen Unterstellung der Polen auftrafften. Sie ließen durch den Mund der Internationalen Kommission hierfür erklären, daß der neu gegründete „Deutsche Ausschuß“ nicht anerkannt werden kann! Damit will man den Deutschen Oberschlesiens für die kommenden schweren Tage die Verfolgung räumen. Man will sie restlos vogelfrei machen! Es soll keine Organisation da sein, die sich der deutschen Bevölkerung annimmt und in ihrem Namen das Wort ergreift. Die Franzosen wissen, daß die einzelne Deutsche in den meisten Fällen es nicht wagen kann, feindselig beschwerdestellend vorzugehen. So glaubt man für die kommenden Tage mit einem Schlag die deutschen Klagen los zu sein, man glaubt den Sammelpunkt deutscher Klagen bestigt zu haben. Dieses mehr als eigenartige Verhalten der Internationalen Kommission in dem Augenblick, wo das oberschlesische Volk auf eine wirklich gerechte Entscheidung des Staatsmänner in Paris wartet, muß um so mehrwürdiger berücksichtigt werden, als nicht auch der sätzlich von den Polen gegründete „Oberste Volksrat für Oberschlesien“ seine Richterentfernung gefunden hat!

Trotz dieses Zwischenspiels in Oberschlesien selbst hofft man hier zur Stunde immer noch auf eine einigermaßen gerechte Entscheidung. Diese Hoffnung ist dadurch gewachsen, daß selbst die Polen mit Eifer zum Ausdruck bringen, daß das Industriegebiet — Stahl und Rybnik gehören auch dazu! — nicht geteilt werden könne. Auch die Warschauer „Rzeczypospolita“ verkündet in einer ihrer letzten Nummern nochmals: „Der oberschlesische Industriebezirk gehört ein unteilbares Ganzes dar. Das Eisenbahnhäuser in Oberschlesien so dicht und so durch den Personen- und Güterverkehr beansprucht, daß größere Eisenbahnmäander innerhalb des Industriegebietes durchgeholt werden müssen. Die Schnellspurbahnen verbinden fast alle Industrie-Unternehmungen miteinander. Von den Hütten und Grubenwerken gibt es keines, das von Unternehmungen, die in anderen Kreisen liegen, nicht abhängig wäre.“ Die deutschen Elternteile bringen noch einmal geschlossen zum Ausdruck, daß nur ein gerechter Spruch dem Ende des Friedens zuordnen kann. Und dieser gerechte Spruch kann immer nur lauten: „Oberschlesien bleibt ungeteilt bei Deutschland! Das muß auch für Rybnik und Stahl gelten, das die Polen schon glauben, fest in der Tasche zu haben. Fest der längste Ruf der Polnischen Deutschen weist noch einmal darauf hin, daß eine Abtrennung von Rybnik und Stahl zur politisch-festlichen Bedrohung weiter Gebiete führen würde, die

zweifellos bei Deutschland bleiben werden. 20.000 Arbeiter fahren täglich zur Arbeit in die Kreise Rybnik und Stahl. Sie verlieren ihre Existenz, wenn diese Kreise abgetrennt werden, und mit ihnen werden weitere Tausende von Mittelstandsgeschäftsmännern ihre Existenz verlieren, wenn diese 20.000 Arbeiter der Kreise Rybnik und Stahl um Arbeitshilfe und Broterwerb verloren gehen.

Die Polen markieren Siegesfreude! Markieren! Denn desto größere Siegesfreude man jetzt empfindet, desto mehr hofft man die volkstümliche Bevölkerung zu enttäuschen, wenn schließlich die polnischen Wünsche doch nicht erfüllt werden, und desto schlechter hofft man dann, diese Kreise für den neuen Aufstand trotz der Enttäuschung des letzten zu gewinnen. Aus dieser Erwägung heraus bringt das Beuthener Organ Koransky, der „Wegweiser“, riesige Ueberschriften wie „Frankreich unerschütterlich“ oder „Deutschlands Spiel verloren“. Einen sachlichen Grund für derartige Illusioten hat die polnische Presse natürlich nicht. Der erste Tag der Pariser Verhandlungen am Montag hat leider bestimmt Aufschwung für die einzelnen Wünsche hinsichtlich der Grenzziehung ergeben. Lediglich in einem Papaschäule kann man positive Angaben finden: Er lautet: „Der französische Sachverständige Darroze gab der Russisch-Ausdehnung, daß das Industriegebiet geteilt und zum größten Teil mit Einschluß von Königshütte an Polen fallen müsse. Also: mit Einschluß von Königshütte.“ Das ist ein französischer Wunsch, dessen Berechtigkeit bedeutet wird durch das Ergebnis der Volksabstimmung. Am 20. März gab es nämlich in Königshütte 31.848 deutsche Stimmen und nur 10.764 polnische. Die Stadt ist zu 75 Prozent deutsch, und dennoch soll sie nach französischen Wünschen den Polen ausgeliefert werden! Wie glauben zur Stunde noch nicht, daß solche Gewaltakte gegen das geringste Gerechtigkeitsempfinden Wirklichkeit werden könnten!

Trimborns Vermächtnis an die Deutsche Zentrumspartei

Heute, da unser verehrter Trimborn nicht mehr unter uns weilt, wissen wir erst recht, was wir an ihm verloren haben. In ihm ist ein Mann dahingegangen, der besser als irgend einer wußte, wie ernst die Lage unseres Vaterlandes und Volkes ist, und welche außerordentliche Bedeutung eine einheitliche Führung der Zentrumspartei auf ihrer alten Grundlage hat. Trimborn wußte sich als Hüter des Zentrumsideal, wie sie ihm von den Vätern unserer Bewegung überkommen waren, aber er betrachtete sie nicht als etwas Starres, sondern als lebendig, lebendig, die der jeweiligen Wirklichkeit und Notwendigkeit angepaßt werden müssen.

Wie tief er in den Gedankensphären des Zentrums aber wußte, daß besonders erprobend sein letzter Auftrag im „Zentrum“ (Nr. 4 vom 1. Juli d. J.) bewiesen. Er jagt da u. a.:

„Unsere Politik ist auf lange Sicht eingestellt. Dabei verlassen wir aber nicht die praktischen Aufgaben des nächsten Tages. Gerade dadurch, daß wir Schritt für Schritt um die politische und rechtliche Schaltung der christlichen Kultusgüter kämpfen, fördern wir den organischen Gesundungsprozeß, sichern wir vor allem die christliche Familie, die Keimzelle der lebensfähigen deutschen Volkgemeinschaft. Je mehr aber christlicher Geist unser ganzes öffentliche, nationales und internationales Leben durchdringt, desto mehr wird die opferbereite Arbeit, die gegenseitige Beschäftigungsmöglichkeit und die reibungslose Entwicklung gefordert. Das aber bedeutet weiterhin Einsicht von Frieden und Frieden, vor allen Dingen von einer weitgehenden Vereinigung in unser deutsches Familiengesetz....“

Gerade auch die Sorge für die Neuvereinigung der guten deutschen Familie liegt und in aller unserer politischen Arbeit zunächst am Herzen. Wir wissen, daß wir damit eine Wechselbeziehung wieder herstellen, die recht eigentlich deutsch ist, und unter deren legendreichen Folgen Deutschland groß geworden ist. Die Kräfte des Zweiten Weltkriegs brachten das heimatliche Familiengesetz, und auf dem Grund des reinen deutschen Familienglücks gedeihen am besten die Kräfte des Zweiten.“

Einen wesentlichen Teil unserer Arbeit, man darf wohl sagen, das Herz deselben, hat Trimborn seiner Partei mit Schön und Tiefen Worten noch einmal vor Augen geführt.

Trimborn, der in Wort und Schrift den Stil zu meistern verstand, hat nur selten Zeit gehabt, die Feder zu führen. Im Vorbergründ seiner Pflichten standen die Fragen der Organisation. Auf diesem Sphären liegt sein Hauptvermächtnis an die Deutsche Zentrumspartei. Das Reichsgeneralsekretariat der Deutschen Zentrumspartei, das er von seinem Vorgänger, dem Abg. Weißer, übernahm, hat er in musterhafter Weise ausgebaut. Aus kleinen Anfängen ist ein schlagkräftiger Apparat daraus geworden, der sich gerade jetzt erst recht bemühten dürfte, da Trimborn nicht mehr ist. Unter Trimborn ist an die Spitze des Reichsgeneralsekretariats Dr. jur. et phil. Lopatzer berufen worden. Alsbald wurde ein besonderes Dezeriat für Akademiker- und Jugendfragen geschaffen. Dies wurde dem Dr. rer. pol. Bodel übertragen. In überraschend kurzer Zeit leben und blühen die Akademiergruppen und die Windhorstschen auf. Auch für die evangelischen Interessen im Zentrum wachte Trimborn zu sorgen. Evangelisch gab es in unserer Partei seit deren Gründung. Auch Abgeordnete dieser Konfession hatten wie zu allen Zeiten. Wenn nunmehr ein evangelisches Dezeriat geschaffen wurde, so gehabt es wegen des leidenschaftlichen Kampfes gerade um diesen Zweig unserer Arbeit von Seiten unserer Gegner. Dieses Dezeriat erhielt befähiglich Otto Timmermann, der seitdem in Wort und Schrift unermüdlich die evangelischen Interessen im Zentrum vertreten hat. Timmermann wurde zugleich Hauptgeschäftsführer am „Zentrum“. In dieser hevocen Halbmonatsschrift durfte Trimborn dem Zentrum sein bestes Vermächtnis gegeben haben. Sowohl von hervorragenden Mitarbeitern als auch von den Vätern aller Kreise und Parteien fand diese neue Halbmonatsschrift vom ersten Tage an steigende Anerkennung und wachsende Beachtung. Endlich bei die jüngste Schöpfung Trimborns, das Frauendezernat, nicht vergessen. Es ist bekannt, wie sehr der Ausbau der Arbeit nach dieser Richtung unseres Trimborn am Herzen lag.

Unvergeßlich aber wird allen Teilnehmern die leichte Zusammenkunft führender Zentrumsparteiangehöriger und -politiker sein, die Trimborn zu Beginn der Reichstagsfession in Berlin noch einmal herbeigeschafft. Da legte er besonderen Wert darauf, daß

die Abgeordneten untereinander häufig Gelegenheit haben möchten, gesellschaftliche und freundschaftliche Bande zu pflegen. Was Trimborn dabei im Auge hatte, konnte nur zunächst eine Annahme bleiben. Aber wie Trimborn kennt weiß, daß es sich hier um einen Lieblingsgedanken unseres Parteivorsitzenden handelt, dem nicht zum geringsten auch eine große politische Bedeutung beizumessen ist. Es ist keine Frage, daß das Zentrum jetzt erst recht bestrebt sein wird, diesen leichten und höchsten Wunsch Trimborns in Erfüllung gehen zu lassen. Ein Mittelpunkt, in welchem sich das gesamte Parteiteam konzentrieren kann, das wäre das schönste Vermächtnis unseres Trimborns.

Eine neue Lohnbewegung der sozialdemokratischen Gewerkschaften

Ahnlich wie bei den Eisenbahnen beginnen sich die ersten Anzeichen für eine Lohnbewegung auch der deutschen Arbeiterschaft zu zeigen. Auch sie nimmt nebenso wie die Lohnbewegung der Eisenbahnen ihren Ausgangspunkt in der Erhöhung der Bruttoreise wie überhaupt der allgemein ansteigenden Preise für Lebensmittel. Der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes hat einen Aufruf erlassen, der unter der Überschrift „Preissteigerung — Lohn erhöhungen“ u. a. darauf hinweist, daß die Gewerkschaften keine Verantwortung dafür treffen, daß die Arbeiter nunmehr gegenwärtig auf den ganzen Linie neuerlich beträchtliche Lohnforderungen zu stellen und diese Forderungen mit Mitteln des gewerkschaftlichen Kampfes durchzuführen. Der Aufruf kommt weiter, daß die nun leider nötig gewordenen Lohn erhöhungen“ auf neue preissteigernd wirken müssen. Sie hätten schon früher nachdrücklich betont, daß sie nur mit Widerstreben diesen ungünstigen Kreislauf mitmachen. Aber die Bewilligungen, die weitere Entwicklung der Dinge so zu beeinflussen, daß wir endlich aus dem Kreis herauskommen, seien bisher ohne Erfolg geblieben. Solange aber das nicht gelingt, bleibe der Arbeiterschaft kein anderer Weg, als der, durch aufstrebende Lohn erhöhungen sich einen Ausgleich für die fortwährende Teuerung zu schaffen. Der Aufruf schließt damit, die Mitglieder der Gewerkschaften und alle Arbeiter und Arbeitnehmer im ganzen Reich zu einem und geschlossenem Zusammengehen in den Gewerkschaften einzurufen.

Es ist natürlich nicht von der Hand zu weisen, daß die fortwährende Teuerung der Lebenshaltungen ihre Rückwirkung auf den Lohn haben wird und haben muss. Und so lange die sozialdemokratischen Gewerkschaften den legitimen Weg nicht befolgen, wird man ihnen wahrscheinlich einen Vorwurf nicht machen können. Anders aber ist es, wenn sie zur Verminderung ihrer Forderungen einen Weg beschreiten wollen, wie sie die „Rote Fahne“ unablässlicl ihren Anhängern predigt. Die „Rote Fahne“ ist denn auch nicht recht zufrieden mit dem Aufruf des Gewerkschaftsbundes. Sie sagt zwar, daß die gesamte Arbeiterschaft sich den Forderungen des ADGB bemächtigen müsse, aber sie heißt gleichzeitig ihre Anhänger und die Arbeiterschaft im allgemeinen dazu auf, in Aktion zu treten, das heißt mit anderen Worten, daß die „Rote Fahne“ zur Durchsetzung dieser Forderungen zur Gewalt auffordert. Sie fordert, daß die Arbeiterschaft das „was die mongolische Energie ihrer Röthe verbraucht“, dadurch wieder gut machen muss, daß sie einzigt und mit geschlossenen Kampfsphären vorgeht.

In derselben Nummer, an der Spalte des Blattes, veröffentlicht das kommunistische Organ einen Aufruf, der sich bezieht auf den Lohn: „Die Einheitsfront im Kampfe gegen Protektor und Stennerkampf.“ Die übliche kommunistische Hecke feiert in diesem Aufruf Triumph und zum Schlusse wird die Arbeiterschaft aufgerufen, am 14. August zu demonstrierten gegen reaktionäre Kriegsschlüsse, gegen monarchistische Treiber, für die sozialistische Republik, gegen die Klassenjustiz, für die Freilassung der politischen Gefangenen, für die Aufhebung des Verstaatlichungsstaates, für die soziale Revolution und den Sturz des Kapitalismus“. Das ist ein Wütender viel auf einmal, aber die „Rote Fahne“ kann ja bekanntlich den Mund nicht voll genug nehmen, da kommt es auf ein bisschen mehr oder weniger nicht an.

Die Orientfrage vor dem Obersten Rat

Paris, 10. August. Heute vormittag steht der Oberste Rat die Verhandlung, die im Orient zu beobachtenden Neutralität fort und nahm einstimmig folgende Entschließung an: Die Verbündete beziehen, ihre Haltung strengster Neutralität im griechisch-türkischen Kriege beizubehalten; das heißt, die Verbündeten sind sich einig, mit keiner Hilfestellung irgendwelcher Art in den Kampf einzutreten, ob es sich nun um Truppen- oder Waffentreffen oder Bewährung von Arbeitskämpfen handelt. Hierzu bemerkte Lippert: Diese Entschließung ist selbstverständlich nicht so aufzufassen, daß sie irgendwie die Freiheit des privaten Handels beeinträchtigen könnte, wie dieser nach der derzeitigen Gesetzgebung besteht. Es geht vielmehr aus dem Wortlaut der Entschließung hervor, daß allerdings die Verbündeten keinen Krieg führen können, der die Freiheit der Verbündeten vorgeht.

Der Oberste Rat erörterte sodann die Frage der Kreisfeste der Meere gegen. Man beschwerte sich erheblich, daß die Türken im Bosporus von den Engländern mit Waffen versorgt würden. Es wurde daher verlangt, daß auch die Kreisfeste ihrerseits den Bosporus für ihre Kreisfeste benutzen dürfen. Am Gegenabend zu dieser Aufführung erklärte der französische Vertreter, es sei sehr wichtig, daß keiner der Kriegshandlungen im Bosporus ausgeführt werde. Es wird ein gemeinsamer Schritt der Verbündeten gegen die Freiheit der Meere zu führen.

Nach der Regelung dieser Frage erörterte der Oberste Rat die Möglichkeit einer Vermittlung. Auch hier wurde leicht eine vollständige Übereinstimmung erzielt und fröhliche Entschließung angenommen: Die Verbündeten behalten sich jede Möglichkeit vor, ihre guten Dienste als Vermittler anzubieten, sind aber der Ansicht, daß die Stunde noch nicht gekommen ist, um einen ähnlichen Erfolg eines derartigen Schrittes zu erhoffen.

In der nachmittags 4 Uhr zusammengetretenen Sitzung wurden die *Luftschiffahrts-Abrüstungsbedingungen* des Friedensvertrages geprüft. Als militärische Sachverständige wohnten der Sitzung bei Marschall Joffe, General Beugang, der italienische General Marietti, der englische General Sadoville-West, der Militärratsherr der britischen Botschaft in Paris, sowie ferner der japanische Militärratsherr in Paris General Watanabe. Die Frage der Aufrechterhaltung der Kontrolle über die deutsche Luftschiffahrt wurde schließlich an das interalliierte militärische Komitee in Versailles, dessen Vorsitz Marschall Joffe führt, zurückgewiesen. Nach einer kurzen Unterbrechung der Sitzung hat der Oberste Rat sich mit der Frage der Hilfeleistung für Rußland beschäftigt.

Lloyd Georges Ausschaltung der Neutralität

Paris, 10. August. In der heutigen Vormittagssitzung des Obersten Rates, die von 11 bis 1 Uhr gehalten hat, hat Lloyd George den Standpunkt vertreten, daß die Neutralität keineswegs ein Verbot des privaten Handels mit Kriegsmaterial erfordere, so lange die Regierung selbst nicht eingreife. Das ist auch die bisher geltende Auffassung der Neutralität. Nach einem Widerspruch zwischen dem italienischen Außenminister Belli Torino, dem amerikanischen Botschafter Harlan und dem französischen Botschafter Haparni erklärte Ministerpräsident Poincaré, daß er gegen die Auffassung Lloyd Georges, die den französischen Gesetzen entspreche, nichts einzurüsten habe.

Paris, 10. August. Der Ministerpräsident stand verhindert vom Platz mit dem belgischen Minister des Äußeren Japon und dem Vertreter der Regierung von Ankara Bektch-Sam-Sey.

Der Sachverständigenausschuß

Paris, 10. August. Der Sachverständigenausschuß ist heute nachmittag um 8 Uhr erneut zu einer Sitzung zusammengetreten. Wie die Havas-Agentur meldet, konnten die Sachverständigen, die die oberschlesische Frage prüfen, ihre Arbeit heute abend noch nicht beenden. Der Oberste Rat wird deshalb die oberschlesische Frage erst in seiner morgigen Sitzung aufs neue behandeln.

Paris, 10. August. Wie die Havas-Agentur mitteilt, nimmt Minister Loubet er jetzt auch an den Beratungen des Sachverständigenausschusses teil, der über die oberschlesische Frage berät. Er wohnte der heutigen Vormittagssitzung bei.

London, 10. August. Der diplomatische Berichterstatter des "Daily Telegraph" schreibt: Die englischen Sachverständigen hätten außer der Vertwalline, die Polen neben Weiß und Röhrn nur einen geringen Teil des Industriegebietes im Nordwesten zuweisen, noch weitergehende Vorschläge bereit gehalten, die den Versuch darstellen, Polen für den Verlust des ganzen Industriegebietes zu entschädigen durch Abtretung eines beträchtlichen Gebietes im Norden um Lublin herum und eines weiteren Gebietes im Nordosten von Sandomir. Als Beweis für die wenig logische Haltung der französischen Sachverständigen sieht der Berichterstatter an, daß bei den vorläufigen Verhandlungen die französischen Sachverständigen sowohl gingen, vorzuschlagen, daß England Polen einen großen Teil des Industriegebietes zugespreche, wofür Frankreich an Deutschland eine Anzahl polnischer Landgemeinden überweisen wolle, die England vollkommen bereit war, wegen ihrer polnischen Bevölkerung Polen zugutezuhalten. Wenn dieses Kompromiß aufzufinden läme, so würde der Erfolg der Stein, daß Polen eine geringere polnische Bevölkerung erhielte, als England ihm zu geben bereit gewesen sei.

Bonomi zur oberschlesischen Frage

Paris, 10. August. Nach dem "Petit Parisien" erklärte der italienische Ministerpräsident in seiner gestrigen Rede vor dem Obersten Rate: Wenn es sich um eine Frage auf Leben und Tod für Polen handele, würde er nicht zögern, der jungen Republik Vorrechte zu gewähren, er würde ihr selbst ganz Oberschlesien geben. Aber es handle sich um etwas anderes. Es handle sich darum, zwischen zwei Massen zu entscheiden, die sich um ein Gebiet stritten, das keine klar gesetzte Trennungslinie habe. Die Volksabstimmung sei also die einzige Anerkennung, die man besitze. Deshalb müsse man sie interpretieren, wie es der Friedensvertrag vorschreibe und jeder Stimme den gleichen Wert zuerkennen. Was vor allen Dingen not tue, sei die Aufrechterhaltung der Entente. In Bedeutung übertrage das oberschlesische Problem alle anderen.

Die Vorbereitungen zur Teilung Oberschlesiens

Paris, 10. August. Über das Verfahren, das die Alliierten bei der Festlegung der oberschlesischen Grenze durch den Beschluss des Obersten Rates einzuschlagen gedenken, glaubt der "Antarktase" folgendes in Wahrheit zu können: Zuerst müßten die Oberkommissare auf ihre Posten zurückkehren, dann die alliierten Truppen an

Ort und Stelle und in Verfeindungszustand gebracht sein. Darauf werde man in Berlin und Warschau wissen lassen müssen, daß jede der beiden Regierungen eine große Verantwortlichkeit auf sich habe, wenn sie es zu Unruhen in der Massenbewegung kommen läse. Im übrigen ist es noch nicht bekannt, wie der Oberste Rat seine Entscheidung den Beteiligten bekannt geben werde.

Massenverhaftungen von Deutschen

Kassel, 10. August. Französische Patrouillen erscheinen fortgesetzt in den Ortschaften der Kreise Hof und Groß-Schelitz und nehmen Massenverhaftungen von Deutschen vor, die sie dann nach Gieithoff statten. So wurden heute nach Großschön, Klein-Altdamm und Sadowitz von solchen Patrouillen befreundet und eine Anzahl von Deutschen verschleppt. Die polnisch gesetzte Bevölkerung ergeht sich in Drohungen gegen die Deutschen, die vielfach fliehen.

Gegen die deutschen Auschüsse in Oberschlesien

Gleiwitz, 10. August. General de Brantes rückte an den Oberbürgermeister ein Schreiben in dem er ihn aufforderte, Zwangsmahnahmen zu treffen zur Einschaltung der Tätigkeit der deutschen Auschüsse für Oberschlesien in Gleiwitz. Der Oberbürgermeister antwortete, er sei dazu nicht imstande, weil das deutsche Reich seine solchen Zwangsmahnahmen gegen Institutionen, die im Interesse und zum Wohle des Volkes wirken, kenne. Von ähnlichen Maßnahmen gegen die politische Volksvertretung in Oberschlesien, den Obersten polnischen Volksrat, habe die Deutschtälerkeit bisher nichts gehört.

Ein Mahnruf aus Leobschütz

Leobschütz, 10. August. An den Obersten Rat in Paris hat der deutsche Ausschuß in Leobschütz folgenden Mahnruf gerichtet: Der Kreis Leobschütz hat sich bei der Abstimmung mit 99,68 Prozent der abgegebenen Stimmen für Deutschland erklärt. Die Bevölkerung erwartet daher, daß er ungeachtet bei Deutschland verbleibt, nachdem die Voraussetzungen des Friedensvertrages gegeben sind, nämlich der Zusammenhang mit Deutschland günstige Abstimmung der Bezirke Oberglogau, Kotel und Oppeln gewährleistet ist. Sie widerspricht auf das entschiedenste, daß auch nur eine einzige Ortschaft den tschechoslowakischen Wünschen geopfert wird, wie dies in den jüngsten Tagen im Prager Parlament angedeutet worden ist. Sie erwartet ferner, daß ganz Oberschlesien ungeteilt bei Deutschland verbleibt, weil die Abstimmung dafür steht und die wirtschaftlichen Beziehungen nicht seine Teile und Kreise dies unbedingt erfordern.

Graf Brashma über Oberschlesien

(Eigener Drahtbericht der "Sächs. Volkszeitung")

Berlin, 11. August. Der deutsche Bevollmächtigte über den Abstimmungsbezirk Oberschlesien hat über die oberschlesische Frage eine Unterredung mit dem Vertreter der "Gazzetta del Popolo" gehabt, der wie folgende Ausführungen entnahmen: Es muß jetzt endlich eine definitive Entscheidung fallen, denn ein Präsidium wird Volk und Land völlig in den Abgrund stürzen. Man hat jetzt keine Wahl mehr, denn wenn sie wirklich etwas von der Sache versteht und je mehr sie sich damit beschäftigen, dann müssen sie zu der Einsicht kommen, daß es nur eine mögliche Entscheidung gibt, die vom Recht und von der Vernunft gefordert wird: Oberschlesien verbleibt ganz bei Deutschland. Alles andere, jede Trennungslinie, mag sie von Korjant, Shorza oder wem sonst stammen, ist Unsinn. Der einzige Faktor, der gegen diese Entscheidung kämpft, ist Frankreich, das sich nur von dem Gedanken leiten läßt, Deutschland zu vernichten und es von Russland durch ein starkes Polen zu trennen. So glaubt es mit einem Federstrich Grenzen, die von Natur von fast tausendjähriger Gemeinschaft gesetzelt sind, weichen. Zusammenhänge einer in hoher Blüte stehenden Wirtschaft zerreißen zu können, trocken dativ für die friedensbedürftige Menschheit eine neue Quelle des Unfriedens und der Unordnung geschaffen und die gesamte Weltwirtschaft aufs schwere geschädigt wird. Polen besteht ja jetzt schon den weitauft grössten Teil des höchsten Schlechtesten. Es ist aber nicht instande, ihn auszunützen. Was ihm etwa von der öberschlesischen Industrie angeboten wird, würde schnell zugrunde gehen, die Bevölkerung, insbesondere die Arbeiter, vereilen. Die Geschichte wird sich mit einer solchen Entscheidung niemals abfinden. Früher oder später wird eine solche Trennungslinie wieder fallen, denn geschichtliches und wirtschaftliches Zusammengeschlecht ist stärker als Rassismus auch Frankreichs, das sich jetzt stellt, der ganze Welt seinen Willen aufzwingen zu können. Es ist aber eine schwere Verantwortung, die Frankreich mit seiner Politik auf sich lastet und alle, die an einer solchen Entscheidung mitwirken, wird das vernichtende Urteil der Nachwelt treffen, sich gegen Recht und Vernunft versündigt, der Menschheit und der Weltwirtschaft schwerer Schaden zugefügt zu haben.

Sächsische Volkszeitung — Nr. 184 — 12. August 1921

Aschenbrödel

Originalroman von Dr. E. Ebenstein
Copyright 1919 by Greiner u. Comp. Berlin B. 80.

(Nachdruck verboten)

(15. Fortsetzung.)

"Ich stimme ausnahmsweise mit Fräulein Isolde überein; ich kann Ihnen nach dem Abschluß einer Eheschließung Fräulein Edardis niemand einen Vorwurf machen, wenn Sie vorläufig den Dingen Ihren Lauf lassen."

Oppach verabschiede sich höflich. Er fuhr sich ein paarmal über die Stirn, atmete tief auf und die flackernde Unruhe wich aus seinem Blick.

"Das ist mir lieb . . . ich hasse Aussehen! Aber schließlich, nicht wahr, ist es doch das Kind meiner Schwester, und wenn es auch meinem Herzen nie nahestand, so fühlt man doch gewisse Verpflichtungen."

"Selbstverständlich! Ich meinte auch nur, daß Sie von öffentlichen Schritten absiehen, Papa Oppach. Natürlich muß man insgeheim nach der jungen Dame forschen. Es wird mir ein ganz besonderes Vergnügen sein, dies in Ihrem Interesse unaufzälig zu besorgen.

"Befürchte ich Ihnen von ganzem Herzen dankbar bin, Fräulein. Aber ich wußte es ja immer — auf Sie kann ich zählen wie auf einen Sohn!"

"Unbedingt, Papa Oppach!"
Isolde blieb sich auf die Lippen und wandte sich lässig ab.

"Das hatte noch gefehlt! Tats! Papa just den Mann auf Brigittes Höhe eitel! Sicher hatte er sein rätselhaftes Spiel wenigstens hier unter Ihren Augen getrieben. Nun — wenn er Brigitte ausfindig macht — würde sie nicht einmal ahnen können, was zwischen den beiden vorging."

"Rein, darum," sagte sie höflich, als Heimann sie nun den Arm hielten wollte, um sie in den Salón zurückzuführen. "Ich bin ja nicht — Brigitte!"

Er schwieg und folgte ihr mit einem leisen Lächeln auf den Lippen.

Dr. Halban war sehr ärgerlich über Brigittes plötzliche Abreise. Nicht nur, daß sie in der letzten Zeit alle Lippenstifte unter den verschiedenen Vorwänden nach im Salón erschienen war oder erst geholt werden mußte, wenn er schon längst auf sie wartete. Tats! Dieser Mexikaner lachte mit den unbeschreiblich erstaunlichen Mitteln, baldins und Heimann lachte in unverschämter Hartnäckigkeit larm von der Seite weg — nun mußte sie selbst auch noch Reißaus nehmen. Gestade sieht, wo Oppach verblieben ist, daß er in den nächsten Tagen zurückkommt!

müsste, weil seine Mutter sich angefangt hätte, wodurch hier das Feld für einige Zeit frei geworden wäre. Gerade da mußte Brigitte verreisen. Bloß weil irgend eine Pensionsfreundin nach ihr verlangte. Es war zu dummkopf. Oder war das Ganze nur eine Ausrede? Wollte sie ihm zu verschleiern geben, daß seine Werbung aussichtslos sei — jetzt, da sie ebenso gute Varianten zur Auswahl hatte?

Aber da kannte sie ihn schlecht. Er würde kämpfen um sie — schon aus Prinzip, weil er sich nun einmal in den Kopf gesetzt hatte, sie zur errungen um jeden Preis.

Verez beobachtete ihn mit schlecht verhaltener Schadenfreude. Na, der argerte sich nun. Er aber war froh, daß Brigitte gerade jetzt verreiste. Es wäre ihm ein unangenehmer Gedanke gewesen, sie während seiner Abwesenheit schwul zwischen dem verliebten alten Dozenten und dem jungen Heimann zu wissen. Und fort mußte er doch, da Mama ihm gescheitete, sie läme mit einem der nächsten holländischen Dampfer nach Europa und hosse, er werde sie in Empfang nehmen. Sie hätten ja so viel zu besprechen, und wenn sie die Überfahrt woge, so geschehe es nur aus Pflichtgefühl gegen Brigitte Edardt. Denn seine Briefe hätten ihr viel zu deutlich gegeben, und es gehe nicht an, sie bloß lächerlich zu beantworten. Da mühten sie schon beide vorher mündlich beraten, was zu geschehen habe.

Es lang ein bißchen gelämmischt, was Mama schrieb, und Verez las manchen Tag neinmal. Aber dann glaubte er doch zu verstehen. Seine Mutter hatte eben zwischen den Beilen gelesen, was ihres Sohnes Herz bewegte, und ihr müttelisches Gewissen zwang sie, die Erwähnung seines Herzens erst kennen zu lernen, ehe sie der Tisch über ihr trai-

nnte. Aber konnte das nie lieb sein. Eine Mutter warnt, eine Art würde das Scheue Verteidigen, das sich immer noch ängstlich vor seinen verbündeten Widerstand versteckt, schon zu frühzeitig machen.

Das dachte war es ganz gut, daß Brigitte ihrer lieben Umgebung entzückt war.

Mitten in die etwa flane Stimmung dieses Abends hinein vernahm man draußen plötzlich Sporenklirren. Ein Diener riß die Salontür auf und — "Eiert!" schrie Isolde laut auf. Dann stand sie und horchte den Eintretenden an wie ein Geist. Dann sah er erschien er ihr mit seinem bleichen, schmal geschnittenen Gesicht, der hageren Gestalt und dem brennenden Blick, der felsisch streng und fragen in den ihren lauchte.

"Du hast Urlaub?" fragte sie, nachdem die ersten Wogen der Erregung, Angst und Antworten sich ein wenig gelegt hatten. "Wie lange?"

"Nicht lange. Ich bin Dienstlich hier."

"Dort bist du dann in Luental bei deinen Eltern?"

"Wo denkt du hin, Isolde! Es soll mich doch in erster Linie nur zu dir hinaus, daß ich mit Gott nahm, mich in

Die englische Presse zu Deutschlands Gefündung

London, 10. August. Die "Daily Mail" unternimmt augenscheinlich eine Untersuchung über die Lage in Deutschland. In dem darüber veröffentlichten ersten Artikel heißt es: Deutschland hat sich überraschend schnell vom Kriege erholt. Trotzdem es bis über die Chren in Schulden steckt und trotzdem ein großer Teil seiner industriellen Errungenschaften auf Jahre hinaus verschwendet ist, um seine Kriegsschäden zu beglichen, machen sich überall Zeichen von Wohlstand bemerkbar. Aber Deutschland Industrie steht seine Ente, die den Einflüssen der Freuden entgangen ist, ausgezeichnet. Seine Betriebsauslastung, die sich in den letzten 30 Jahren verdoppelt, wächst beständig. Dann wird noch ausgeschaut, Deutschland sei in diesem Jahre von den atmosphärischen Verhältnissen ganz besonders berünstigt worden und der phänomenale Freuden, die in Frankreich, Belgien und England großen Schaden angerichtet habe, verschont geblieben. Der Regen, der gleichzeitig auf Gerechte und Unrechte fällt, sei in diesem Jahre lediglich auf Deutschland entfallen. Unter diesem Glück steht allerdings auch die forstfältige Systematische Arbeit. Trotz des Anwachens der Industrie wurde die Fläche des bebauten Landes in Deutschland verdoppelt, während sie in Frankreich hingegen abgenommen hat.

Die offizielle Beendigung des Kriegs mit England

London, 10. August. In der heutigen Sitzung des Britischen Rates stimmte der König einem auf den Beirat der offiziellen Beendigung des Kriegs beiliegenden Abkommen ein. Hiermit gilt der 31. August als offizieller Beirat der Beendigung des Krieges. Der Beirat soll allgemeine Anwendung finden, wobei nur das osmanische Reich ausgenommen werde.

Die erste Goldmarkarie

Berlin, 11. August. Die Abfahrt der ersten goldenen Markarie, die von den Enzis bis 30. August gefordert war, ist nunmehr sicher gestellt.

Die deutschen Sachleistungen an Frankreich

Berlin, 11. August. Die Verhandlungen der Sachleistungen mit Frankreich haben zu einem Abschluß geführt. Die Sach's stungen sind geschlossen. Dr. Rathenau ist angewählt, damit bestätigbar. Probleme der Geldbeschaffung für diese Sachleistungen zu lösen.

Französischer Einspruch gegen die englischen Schutzkräfte

London, 11. August. Im Unterhaus teilte Hartmann mit, die französische Regierung habe gegen das Gesetz über die Schlüsselindustrie mit der Begründung Einspruch eingelegt. Die französische Ausfuhr sei von ungünstigem Einfluß auf die französische Wirtschaft sein möchte. Die britische Regierung habe geantwortet, vor eingehender Erörterung des Gesetzeslasses könne eine erschöpfende Antwort nicht erzielen, indessen lehnt sie die Aufmerksamkeit der französischen Regierung auf die fürstlich erfolgte Erhöhung des französischen Tellertarifes, deren offen zugestandenes Ziel Schutz der französischen Industrien vor Auslandswettbewerb sei.

Freigabe der deutschen Güter auf Haiti

(Eigener Drahtbericht der "Sächs. Volkszeitung")

Berlin, 11. August. Das Gesetz über die Freigabe der beispiellosen deutschen Güter auf Haiti ist, wie gemeldet wird, von Präsidenten angenommen worden, wodurch es Geltung erlangt hat.

Die Konferenz der Finanzminister

Paris, 10. August. Die Finanzminister der Verbündeten lägen heute von 11 bis 1 Uhr mittags im Finanzministerium unter dem Vorsteher Doumers, um den Wortlaut der Abmachungen festzulegen, die in der gestrigen Sitzung ins Auge gefaßt worden sind. Der Sitzung schloß sich ein Frühstück an, an dem Leuchtm., Dr. Robert Horne, der britische Finanzminister, und der belgische Finanzminister Theophilus teilnahmen. Die nächste Sitzung der Konferenz wird um 8 Uhr nachmittags abgehalten.

Paris, 10. August. Wie der "Temps" mitteilt, ist in der heutigen Vormittagssitzung der Konferenz der alliierten Finanzminister über die Ausgaben für das europäische Verteidigungsamt vom 1. Mai 1921 verhandelt worden. Das Blatt schreibt: Wenn der Saargruben Frankreich nicht auf seine Kosten angreifen würde, habe es noch mehrere hundert Millionen Goldmark zu verlangen. England habe eine Summe, die zwischen 500 und 700 Millionen Goldmark schaute, Belgien dagegen habe zweit am wenigsten beigetragen.

Seine laute helle Stimme irritierte Nolde förmlich. Was stimmt ihm denn so ungewöhnlich fröhlich? Die Ansicht, bitte zu suchen oder — Eiert unerwartetes Erscheinen? Sie horchte beständig hinunter und war so erstaunt, daß Eiert keine Frage wiederholen mußte. Dann antwortete sie höflich:

"Aber selbstverständlich, Eiert! Wie kommt du nur so fragen? Ich freue mich ja so, daß du gekommen bist."

Dabei dachte sie verwunderlich über sich selbst: Komisch eigentlich, daß ich mich

Ablösungen mit möglichster Beschleunigung zu zahlen. Diese Anweisung bezieht sich auf die unter § 3 des Gesetzes vom 21. Mai 1920 fallenden Empfangsberechtigten, mit Ausnahme der Witwen derjenigen Staatsbeamten und Lehrer, die bei ihrem Tode noch nicht eine zehnjährige pensionsberechtigte Dienstzeit erfüllt hatten, und mit Ausnahme sämtlicher Waisen. Der Vorschuss wird in der Höhe der Hälfte des nach § 8 des genannten Gesetzes zustehenden Zuflusses gezahlt. Da eine große Zahl von Bürgern empfangen in Betracht kommen und umfangreiche Vorarbeiten zu erledigen sind, werden die Vorschuszahlungen naturgemäß eine gewisse Zeit im Anspruch nehmen. Es darf aber angenommen werden, daß im August die Vorschuszahlungen zunächst für die zurückliegende Zeit vom 1. April 1920 bis 30. Juni 1921 bewilligt werden können. Wobann wird der Vorschuss je vierjährlich nachzuzahlungen ausgezahlt werden. Von der Abholung von Vorarbeiten an die Altwituinen, deren Ehemänner bei ihrem Tode eine zehnjährige pensionsberechtigte Dienstzeit noch nicht erfüllt hatten, sowie an die Almwitwen muß wegen der Wirkungen des Erwerbsescheides Abstand genommen werden.

* Leipzig. Die Betriebsratswahlen bei der Großen Leipziger Straßenbahn. Unter sehr starker Beteiligung fanden am 5. und 6. August bei der Großen Leipziger Straßenbahn Betriebsratswahlen statt. Es wurden insgesamt 3749 Stimmen abgegeben. Davon entfielen auf die sozialistische Liste 3250, auf die christliche Liste 407 und ungültig waren 92 Stimmen. Der Ausgang der Wahl ist um beiderseitigen Bemerkenswert, weil der sozialdemokratische Wahlvorschlag bei der Wahl im März dieses Jahres in gesetzwidriger Weise die Liste der christlichen Straßenbahner einfach verworfen hatte. Der Betriebsrat der Gemeindearbeiter und Straßenbahner Deutschlands hatte mit Erfolg gegen dieses diktatorische Vorgehen Beschwerde erhoben und mußte die Wahl erneut stattfinden. Die christlichen Straßenbahner erhalten nunmehr zwei Deputierte. Auch haben eine Anzahl sozialdemokratisch organisierte Straßenbahner die Liste der christlichen Gewerkschaften gewählt. Auf die in den letzten Tagen vor der Wahl gemachten Schwierigkeiten, der christlichen Liste noch recht viele Stimmen zu entziehen, haben also die Leipziger Straßenbahner die richtige Antwort gegeben.

Döbeln i. S. Sämtliche Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen der beiden Körperschaften, etwa 300 in der Zahl, sind wegen Wohnungsfehlens in den Ausstand getreten. Verhandlungen sind im Gange.

Blauen. Begegnen Unterschlagungen im Amt in Höhe von 218 000 M. und Beleidigung amtlicher Urkunden, batte sich der Sparkassenkassierer Schlett aus Döbeln z. wegen Beleidigung der Kellmein Terre, aus Leipzig, seine Geliebte, vor dem böhmischem Schwurgericht zu verantworten. Schlett wurde zu einer Gefängnisstrafe von 2½ Jahren Haft und 1500 M. Geldstrafe sowie zu 5 Jahren Ehrenschutzhaft verurteilt. Die Geldstrafe gilt als durch die Untersuchungshaft verhüllt. Die Angeklagte Terre wurde von der Anklage des Schlett freigesprochen. Bei den Verhandlungen konnten von dem unterschlagenen Gelde noch 40 000 M. für die Sparkasse beschlagnahmt werden.

- Bautzen. Villige Fleischpreise gibt es zurzeit im benachbarten Böhmen. Der Unterschied zwischen den sächsischen und den böhmischen Fleischpreisen ist so erheblich, daß Rindfleisch z. B. dort gerade für das halbe Preiss zu haben ist. Gemöhnliches Rindfleisch zum Kochen kostet bei uns mit Verlager 12 M., in Böhmen 13–14 M. das Pfund. Zur den böhmischen Grenzorten, Hirschberg, Niegow, Oainsbach, Schluckenau, Rumburg usw. ist Rindfleisch ohne Unterschied für 6 M. pro Pfund zu haben. Schweinefleisch kostet in Sachsen 17–18 M., in Böhmen 18 M., teilweise sogar nur 12 M. Hammelfleisch ist schon für 4–5 M. zu haben. Infolge des großen Preisunterschiedes ist der Auspruch der sächsischen Räuber außerordentlich stark. Scharenweise pilgern sie bei Sebnitz, Steinigtwolmsdorf, Görlitz, Neusalza, Oberbach usw. über die Grenze, um das billige Fleisch einzukaufen. Der Einführung steht beinahe nichts im Wege, da es von den beiderseitigen Regie-

rungen nachgelassen ist, im Wege des kleinen Grenzverkehrs Mengen bis 2 Pfund pro Person auszugeben einzuführen. Besonders stark ist der Verkehr gegen Ende der Woche, wenn die böhmischen Fleischer frisch geschlachtet haben und in den großen Industriestädten der Raum Vohburg gewesen ist. Über auch von weiterher kommen Kaufleute, und auch Wanderer, die ein Ausflug in die Nähe der Grenze geführt hat, nehmen die günstige Einlaufgelegenheit wahr. Die sächsischen Grenzsteuerer sind infolgedessen in einer übler Lage und müssen ohnmächtig zuschauen, wie ihre Kunden sich in Scharen ihren böhmischen Freizeitkollegen zuwenden, zumal diese bei den niedrigeren Fleischpreisen auch die Wurst entsprechend billiger liefern können. Die billigen böhmischen Preise wirken natürlich auch auf die Sommerfrische der sächsischen Grenzorte zurück, die dadurch in den Stand gesetzt werden, ihre Verwaltungsfäße entsprechend niedrig zu stellen. So sind Pensionspreise von 12–20 M. pro Tag und Kopf im Hochwohngebiete keine Seltenheit. Dadurch wird sogar Böhmen in den Schatten gestellt, das den Ruf besonderer Willigkeit genießt. In Franken, der billigsten Gegend Bayerns, ist eine Pension nicht unter 20 M. täglich zu haben. Das Rindfleisch kostet dort 7 M. Schweinefleisch 12–14 M., Hammelfleisch 5 M. Allerdings ist hierbei zu berücksichtigen, daß die Landwirtschaft jetzt eine Krisenzeit durchmachen hat und infolge der Kutternot, die in Böhmen und Böhmen ganz besonders schlimm ist, manches Stück Vieh vorzeitig abgeben muss, was preisentscheidend wirkt.

Aus Dresden

* Stadtverordneten-Neuwahl in Dresden. Wie untenstehend, finden die Stadtverordneten-Neuwahlen am 27. November d. J. statt.

* Neuer Wechsel in der sächsischen Staatstheater-Verwaltung. Wie aus guter Quelle verlautet, wird anlässlich der bevorstehenden Berufung Dr. Rendex zum Intendanten der sächsischen Staatstheater außer dem Opernballietor Scheibemantel auch der bisherige Staatsvertreter Scheibmantel Dr. Grahl nach seiner Tätigkeit aus seiner Stellung ausscheiden. Als sein Nachfolger wird Oberregierungsrat von Wolf von der Reichswirtschaftsbehörde Dresden genannt. Danach steht es, als ob hinter den Kulissen manches vorzugehen wäre, was die Einigkeit in einigermaßen ungewöhnlichem Licht erscheinen läßt. Nur scheint überraschend, daß den Staatstheatern auch eine Vereinfachung ihrer Verwaltung nichts schaden könnte.

* Die Einführung einer Veranlagungs- und einer Schrankenabfußsteuer, plant der V. L. der Amtshauptmannschaft Dresden-Neustadt. Die Vergnügungssteuer soll in der stärkeren Heranziehung der Tanzlokaleinserate, der Maskenbälle und der Schönheitsfeste bestehen. Die Schrankenabfußsteuer soll bei der Erlaubnis für einen neuen Betrieb einer Gastr. oder Schauwirtschaft die Hälfte des auf volle 100 Mark noch oben ansteuernden Jahres-Miet- oder Brachtpreises oder wertes und bei Errichtung eines Kleinhandels mit Branntwein oder Spiritus 2000 Mark betragen.

Gemeinde- und Vereinsnachrichten

S. Leipzig. Kreisbündnis. Betriebsverband Leipzig. Als Schluss der diesjährigen Sommerausflüge veranstalten die dem Betriebsverband angehörenden Gruppen: "St. Marien", "St. Trinitatis" und "Gruppe Burzen" am kommenden Sonntag, den 14. August d. J. einen Familienausflug nach Grimma und Kloster Nünchsen. Auf der Fahrt dorthin befindet sich in den schönen Kapellen am Bahnhof um 10 Uhr der Gottesdienst. Nachdem erfolgt die Weiterfahrt nach Grimma. Von dort aus Nachtfahrtanfang nach Kloster Nünchsen unter Beteiligung der tollen Gemeinde Grimma und ihrer Schlosser. Um recht zahlreiche Beteiligung wird bestrebt gehalten. Treffpunkt zur gemeinsamen Abfahrt: Sonntag früh 7.30 Uhr am Hauptbahnhof (Sächsische Seite-Ostseite). — Dienstag, den 16. August, abends 7.30 Uhr

Die Verlobung ihrer Kinder Anni und Hans geben bekannt
Stiftsoberförster Jatzwau und Frau Anna geb. Wiesner
Sanitätsrat Dr. Schmutte und Frau Ellsabeth geb. Arandt

Anni Jatzwau
Hans Schmutte, Apotheker
Verlobte

Laske

Spandau

Sidonien-Hospiz
für Studenten und durchreisende Damen.
Dresden-A., Parkstraße 12, II. Tel Aviv 12535

Metallbetten

Stahlmatratzen, Kinderbetten
direkt an Private. Kat. 62 frei.
Eisenmöbelfabrik, Suhl (Thür.).

Amtliche Bekanntmachungen

Bestandsaufnahme über Brotmehl und Krankenweizenmehl einschließlich der daraus hergestellten fertigen und halbfertigen Backware bei Händlern und in Bäckereibetrieben.

In Gemäßheit der Verordnung des Reichsministers für Ernährung und Landwirtschaft vom 21. Juli 1921 wird in Ausführung des Reichsgesetzes über die Regelung des Getreides mit Getreide vom 21. Juli 1921 für das Gebiet des Gemeindeverbundes Dresden und Umgebung folgendes bestimmt:

§ 1. Am 15. August 1921 nach Geschäftsschluss findet eine Feststellung der zu diesem Zeitpunkte im Gemeindeverbund Dresden und Umgebung bei Händlern und in Bäckereibetrieben vorhandenen Mengen an Weizenmehl, Roggengemehl, Gerstenmehl und Krankenweizenmehl und den daraus hergestellten fertigen und halbfertigen Backwaren statt.

Alle Händler, Handelsmühlen, Brotkonditoreien, Bäder und Steinbäckereien, von denen bestimmungsgemäß jeweils am Schlusse einer vierwöchigen Brotscheinreihe eine Bestandsanzeige zu erstatten ist, haben am 15. August 1921 nach Geschäftsschluss ihren Bestand an Brotmehl (Weizenmehl, Roggengemehl und Gerstenmehl) und Krankenweizenmehl und den daraus hergestellten fertigen und halbfertigen Backwaren genau festzustellen. Die fertige und halbfertige Backware ist in Mehl unzureichend und die errechnete Wehlmenge dem Bestand derjenigen Wehlsorte zugutezuhalten, der für entnommen worden ist.

Die Bestandsanzeige hat weiter zu enthalten die Zahl der 100 zum 15. August 1921 abends belieferter Brotsortenabschläge,

Mengen bis 2 Pfund pro Person auszugeben einzuführen. Besonders stark ist der Verkehr gegen Ende der Woche, wenn die böhmischen Fleischer frisch geschlachtet haben und in den großen Industriestädten der Raum Vohburg gewesen ist. Über auch von weiterher kommen Kaufleute, und auch Wanderer, die ein Ausflug in die Nähe der Grenze geführt hat, nehmen die günstige Einlaufgelegenheit wahr. Die sächsischen Grenzsteuerer sind infolgedessen in einer übler Lage und müssen ohnmächtig zuschauen, wie ihre Kunden sich in Scharen ihren böhmischen Freizeitkollegen zuwenden, zumal diese bei den niedrigeren Fleischpreisen auch die Wurst entsprechend billiger liefern können. Die billigen böhmischen Preise wirken natürlich auch auf die Sommerfrische der sächsischen Grenzorte zurück, die dadurch in den Stand gesetzt werden, ihre Verwaltungsfäße entsprechend niedrig zu stellen. So sind Pensionspreise von 12–20 M. pro Tag und Kopf im Hochwohngebiete keine Seltenheit. Dadurch wird sogar Böhmen in den Schatten gestellt, das den Ruf besonderer Willigkeit genießt. In Franken, der billigsten Gegend Bayerns, ist eine Pension nicht unter 20 M. täglich zu haben. Das Rindfleisch kostet dort 7 M. Schweinefleisch 12–14 M., Hammelfleisch 5 M. Allerdings ist hierbei zu berücksichtigen, daß die Landwirtschaft jetzt eine Krisenzeit durchmachen hat und infolge der Kutternot, die in Böhmen und Böhmen ganz besonders schlimm ist, manches Stück Vieh vorzeitig abgeben muss, was preisentscheidend wirkt.

Bestandsaufnahme über Brotmehl und Krankenweizenmehl einschließlich der daraus hergestellten fertigen und halbfertigen Backware bei Händlern und in Bäckereibetrieben.

Bestandsaufnahme über Brotmehl und Krankenweizenmehl einschließlich der daraus hergestellten fertigen und halbfertigen Backware bei Händlern und in Bäckereibetrieben.

Letzte Telegramme

Eröffnung der internationalen Friedenskonferenz

Paris, 11. August. Havas meldet aus Augsburg: Die internationale Friedenskonferenz wurde gestern eröffnet. Lafontaine wurde zum Vorsitzenden gewählt. Die Teilnehmer am Kongress wurden offiziell im Rathaus empfangen, wo der Bürgermeister sie willkommen hieß und die besten Wünsche für den Erfolg der Arbeiten ausdrückte. Den deutschen Delegierten riet er, vor allem den Frieden in ihrem Lande zu organisieren und daran zu arbeiten, doch das demokratische Regime dort Wurzel fasse. Wenn die deutsche Demokratie lebendige Basis wäre, so werde das Werk der Weltrevolution beendet sein und Friede werde auf den ganzen Welt herrschen. Lafontaine drückte in seiner Antwort den Dank der Versammelten aus und unterstrich die Worte, die über die deutsche Mitarbeit ausgesprochen worden waren.

* Der zweite internationale Kongress der Privatangestellten Wien, 11. August. Gestern wurde hier der zweite internationale Kongress der Privatangestellten unter Beteiligung von Delegierten aus Österreich, Deutschland, Dänemark, Schweden, Holland, Frankreich, England, Portugal, der Schweiz und den Nachfolgestaaten eröffnet. Der Vorsitzende des Bundes der Privatangestellten Urban aus Berlin, Jimmen-Dunkelmann namens des internationalen Arbeitsbundes und Bürgermeister Reumann namens der Stadt Wien hielten Begrüßungsansprachen.

* Der amerikanisch-sowjetische Friedensschluß Budapest, 11. August. Die ungarische Regierung erhielt eine Note der amerikanischen Regierung, die den Beschluss des Kongresses vom 11. Juli 1921 über den Friedensschluß mit Ungarn enthält. Die Note erklärte gleichzeitig, daß Verhandlungen zwischen beiden Staaten unverzüglich eingeleitet werden könnten, falls Ungarn die im Beschlusse niedergelegten Gründe annähme.

* Das Schicksal der russischen Flüchtlinge Genf, 11. August. Am 22. d. M. beginnt hier eine Konferenz der Mitgliedsstaaten des Völkerbundes, die an der Frage des Schicksals der russischen Flüchtlinge besonders interessiert sind. Folgende Staaten haben sich bis jetzt angemeldet: Bulgarien, China, Finnland, Frankreich, Griechenland, Polen, Schweiz, Tschechoslowakei und Südmännen.

* Autounfall Frankfurt, 11. August. Die "Frankfurter Zeitung" meldet aus Kreuznach: Auf einer Autofahrt ist der in Alsbach im Hundsrück weilende Baumaterialienhändler Wilhelm Weber aus Dortmund schwer verunglückt. Infolge Verlags der Steuerung raste der Kraftwagen in volle Fahrt gegen einen Chausseestein. Weber erlitt schwere innere Verletzungen, seine Frau wurde sofort getötet.

* Verantwortlich: Für den redaktionellen Teil: Friedrich Rötig; für den Inseraten Teil: Josef Höhmann. — Druck und Verlag der "Saxonia-Druckerei" G. m. b. H. zu Dresden.

**Kalt- u. Warmwasser-Anlagen
Bäder, Waschlässe, Klosets
in großer Auswahl**

Friedrich Gappisch
Dresden, Marienstraße 11

Heiratsgesuch

Rauchmann, Kath., 36 Jahre, mittlerer Größe, sucht geschäftstüchtige, häuslich erprobte junge Dame bis zu 30 Jahren kennen zu lernen. Vermögen erwünscht, jedoch nicht Bedingung. Offert, wenn möglich mit Bild, welches ehrenwürdig und zuverlässig ist, erbeten unter "P. L. 300" an die Geschäftsstelle d. Bl. 1060

In ländlicher, malerischer Gegend sucht pensionierter Beamter, mittleren Alters, bei Glaubensgenossen

Zimmer

event. mit Verpflegung. Einzelne Anschriften unter "P. L. 307" an die Geschäftsstelle d. Bl. 1061

Rasierklingen schloßt [**] in 24 Std., St. 15-4, Ras.-Mess., Messer, Scheren pp. schnell u. bill. Elekt. Kuns.-Schleifer nur Dresden-A., Gruner Str. 22.

Spare
Zeit, Geld und Mühe.

spare durch Schuhputz

Spirituskocher
Petroleumkocher
Gaskocher
Elektr. Kocher
Sparöfen

Donath
Dresden, Dippoldiswalder Platz 2

Herrenstoffe
Kostümstoffe
Mantelstoffe
Sportstoffe
Futterstoffe

Billard-, Pult-, Wagen-, Uniformstüche, Manchestercards, Altartüche empfohlen [482]

Hermann Pörschel Tuchlager Dresden-A., Scheffelstraße 19 Gegründet 1888

ERDA schwarz / gelb / braun / rotgold Altkunsthand: Werner & Hart, Mainz

Dresden, am 11. August 1921.

1053 Gemeindeverband Dresden und Umgebung.